

Beigeordnete für Soziales, Schule, Jugend und Integration

Frau Annette Berg

Ressort Zuwanderung und Integration

Frau Suna Lenz

Ressort Stadtbetrieb Schulen

Frau Stefanie Mäde

Kommunales Integrationszentrum

Frau Arlin Çakal-Rasch

Offener Brief

06.02.2025

Streichung der Finanzierung von Übersetzungsleistungen

Sehr geehrte Frau Berg,

Sehr geehrte Frau Lenz, sehr geehrte Frau Mäde, sehr geehrte Frau Çakal-Rasch,

vor ein paar Tagen überraschte die Wuppertaler Schulen die Mitteilung, dass die Finanzierung von Übersetzungsleistungen für neu zugewanderte Familien ab dem kommenden Schuljahr nicht mehr übernommen würde. Sie fordern die Schulen auf, „sich bezüglich der Übersetzungskosten neu zu orientieren und Lösungen zu entwickeln“. Hintergrund sei die überraschende Mittelkürzung im Umfang von 50% für das Kommunale Integrationszentrum.

Die GEW Wuppertal steht mit großem Unverständnis vor dieser Ankündigung. Wir sind fassungslos, weil diese unverantwortliche Mittelkürzung im Haushalt für die Stadt Wuppertal beschlossen wurde, fassungslos aber auch, wie einfach eine kommunale Aufgabe den Schulen mit einem Federstrich in die Schuhe geschoben werden soll und man sie mit dem Auftrag versieht: „Finden Sie eine Lösung bis zum Sommer.“

Die GEW Wuppertal ist der Meinung:

Nicht die Schulen müssen eine Lösung finden, die Stadt ist gefragt!

Der Hinweis in Ihrem Brief, man werde die Eltern zukünftig bitten, für die Schulanmeldung eine übersetzende Person aus ihrem Umfeld mitzubringen, ist u.E. kein gangbarer Weg. Wie soll die Schule erkennen, ob die Qualifikation dieser Personen ausreicht, wie soll die Schule sicher sein, ob alles korrekt übermittelt wird?

Bei neu zugewanderten Familien sind Gespräche mit Eltern häufig sehr zeitaufwändig. Es fehlt das gemeinsame Vokabular, um über kompliziertere Sachverhalte reden zu können. Für pädagogische Gespräche benötigt man erweiterte sprachliche Kenntnisse. Und dafür brauchen Schulen weiterhin qualifizierte Dolmetscherhilfe, immer dann, wenn sich herausstellt, ohne geht es nicht.

Die Schulen müssen in diesem Zusammenhang eine immens wichtige Beratungsleistung übernehmen, die für den weiteren Bildungsweg der Kinder wichtig ist. Ohne diese Beratungsleistung wird Chancengleichheit noch einmal minimiert.

Die Schulen haben weder einen Etat und auch keine Personalkapazitäten diese Aufgabe zusätzlich zu lösen. Schulen mit besonderen sozialen Problemlagen wären durch diese Maßnahme besonders betroffen.

Wir fordern deshalb die Stadt nachdrücklich auf, eine neue Lösung zu präsentieren.

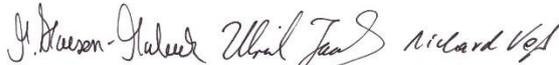
Wir möchten aber nicht versäumen, unser grundsätzliches Unverständnis über diese Mittelkürzung für das Kommunale Integrationszentrum zum Ausdruck zu bringen.

Es wird in den Gremien der Stadt viel darüber geredet, man müsse etwas gegen die besorgniserregende Kinderarmut in Wuppertal unternehmen. Das Kommunale Integrationszentrum ist vor allem für Kinder und Jugendliche zuständig. Jede Mittelkürzung dort wird genau diese Kinderarmut, die auch Bildungsarmut nach sich zieht, verstärken.

Den Kindern in Wuppertal helfen keine bedauernden Worte, ihnen helfen nur gut finanzierte, strukturell abgesicherte Maßnahmen, die Kinder- und Bildungsarmut entgegenwirken.

Jede noch so kleine Maßnahme, die gestrichen wird, ist der falsche Weg und wird sich langfristig rächen, weil die Folgekosten umso höher sein werden.

Mit freundlichen Grüßen


Martina Haesen-Maluck Ulrich Jacobs Richard Voß

Leitungsteam GEW Wuppertal